

Jugendbeteiligung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schmidt,

wir bitten Sie folgenden Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen:

Antrag der SPD-Fraktion Glauburg

Wir sagen „Ja“ zur Beteiligung von Jugendlichen an kommunalpolitischen Fragen und Entscheidungen, die Jugendliche betreffen.

Die Gemeindevertretung möge beschließen,

1. Die Gemeindevertretung Glauburg bekennt sich zu einer Jugendbeteiligung in sämtlichen kommunalpolitischen Bereichen, die Jugendliche -im Alter von 12 bis 18 Jahren-betreffen.
2. Die Form der Jugendbeteiligung wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht festgelegt. Dazu sollen die beteiligten Jugendlichen eine geeignete in eigener Willensbildung erarbeiten und vorschlagen.
3. Die Kommunen werden -je nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit- ein Budget bereitstellen, dass für Jugendliche /Jugendarbeit, beziehungsweise die Projekte der Jugendlichen ausschließlich vorgesehen ist.
4. Es gibt eine mit den Jugendlichen gemeinsam zu erarbeitende Richtlinie, wie über dieses Budget seitens der Jugendlichen selbst verfügt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen: Überarbeitung des HH 2025 bezüglich der Projekte für Jugendliche und dessen Höhe im Produktbereich 06; Budgetierung durch Richtlinie

Begründung:

Die Kommunen Ranstadt und Glauburg sind miteinander im Austausch über die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, d.h. der Jugendpflege, Jugendarbeit.

Dabei handelt es sich um einen Prozess, der neben Schule, Verwaltung, Bürger*innen, Vereinen besonders auch von den politischen Gremien begleitet werden sollte. Ausgangspunkt war und ist u.a. die Zusammenarbeit der Grundschulen aus Glauburg, Ranstadt und Ortenberg sowie die Gesamtschule in Konradsdorf mit den

unterschiedlichen Angeboten für die Kinder und Jugendlichen aller Altersstufen. Die Schulleitungen, die Jugendsozialarbeit an und mit den Schulen ist temporär an gemeinsamen Projekten mit uns als Kommunen im Austausch; bereits erfolgte Projekte, wie z.B. das Projekt Flux – gemeinsame Räume schaffen, war sehr erfolgreich.

Wie bereits erkennbar, arbeiten die o.g. drei Kommunen seit vielen Jahren interkommunal verstärkt zusammen und unterstützen sich gegenseitig in vielen Bereichen. Gerade der Bereich Jugendliche ist in allen drei Kommunen noch nicht ausgeprägt und steht am Anfang der Entwicklung.

Die beiden Kommunen Ranstadt und Glauburg sind bei der Hertie Stiftung „Jugend entscheidet“ engagiert und beschäftigen sich intensiv mit dem Thema „Jugendbeteiligung“. Die zuständigen Mitarbeiter*innen profitieren von dem Netzwerk und den Fortbildungsangeboten und können ihr Wissen daher in der Region sehr gut einbringen. Hier wird insbesondere immer wieder der Hinweis gegeben, dass eine Offenheit, Achtsamkeit, aber auch das „Ernst nehmen“ der jugendlichen Belange seitens der Erwachsenen eine Grundvoraussetzung ist, um erfolgreich das Interesse der jungen Menschen zu wecken und desorientiert und sinnhaft Projekte mit den Jugendlichen umzusetzen. Die Teilhabe ist ein Prozess, der nur und ausschließlich funktioniert, wenn klar und deutlich der politische Wille aufgebracht wird.

Dazu ist ein das Bekenntnis nicht bloß als Lippenbekenntnis zu verstehen, sondern bedarf einer klaren Zusage seitens der Erwachsenen-parlamentarischen Ebene. Dies bedeutet, dass die Stadt/die Gemeinde zu einem Budget für Jugendliche gelangen muss, je nach Leistungsfähigkeit.

Darüber ist mit den Jugendlichen auch zu reden, ggf. auch zu verhandeln. Es muss klar sein, dass wir nicht „Wolkenschlösser“ bauen, sondern, dass die Projekte sinngemäß und für eine Gemeinde und die Jugendlichen auch einen Mehrwert darstellen sollten- dass eine Gemeinde auch sparen muss und nicht jeden Wunsch erfüllen kann- daher auch ein Budget.

Ziel ist auch, dass die demokratische Willensbildung der Jugendlichen entwickelt und angesprochen werden sollte.

Daher wäre es falsch, zum aktuell Zeitpunkt festzuschreiben, wie eine Beteiligung im Detail und unter welchen Voraussetzungen aussieht.

Jedoch sollen die Kommunalpolitiker ein ehrliches Interesse daran zeigen, dass Jugendliche in Entscheidungsprozesse eingebunden werden oder auch eigene Prioritäten setzen dürfen.

Wichtig wäre, eine Richtlinie mit den Jugendlichen zu erarbeiten, um auch den Anforderungen einer regelkonformen Haushaltswirtschaft gerecht zu werden, aber auch um die Kommunalpolitik an die eigenen Versprechen zu binden. Es geht um die Einhaltung von Regeln und Verbindlichkeiten.

Mit diesem Weg und dem vorliegenden Beschluss ist eine erste wichtige Basis für eine gute, konstruktive und tragfähige Jugendarbeit/Jugendpflege vor Ort geschaffen, denn diese funktioniert nur mit den Jugendlichen.



Thomas Koob
SPD-Fraktionsvorsitzender